V1 Demokratie? Demokratie! Für mehr Mitbestimmung in Brandenburg!

Antragsteller*in: Ricarda Budke
Tagesordnungspunkt: 3.2. Verschiedenes

Thema: Demokratie

- Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG stellt fest, dass in den letzten 25 Jahren
- lediglich ein Volksbegehren die formalen Bedingungen erreichen konnte. Und das
- trotz mehr als 40 Initiativen mit diesem Ziel. Die Hürden für den Erfolg eines
- 4 Volksbegehrens sind in Brandenburg so hoch wie in sonst kaum Bundesländern. Das
- zeigt, dass die geringen Erfolge der direkt-demokratische Beteiligung auch mit
- den Bedingungen, vor denen engagierte Bürger*innen stehen, zusammenhängen.
- Daher fordert die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG eine Absenkung dieser Hürden und mehr
- 8 Möglichkeiten zur Mitbestimmung für die Bevölkerung. Wir wollen:
- 9 1.) Volksinitiativen vereinfachen
- Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG
- -fordert, dass die Überschrift und die Kernforderungen einer Initiative auf dem
- 12 Unterschriftenbogen ausreichen, wenn der vollständige Wortlaut des
- Gesetzesentwurfes beiliegt. Andernfalls werden Volksinitiativen zu unsachgemäßer
- 14 Verkürzung des Sachverhalts gezwungen.
- 5 fordert eine Absenkung des Mindestalters auf 14 Jahre
- begrüßt, dass für die Unterschrift keine deutsche Staatsbürgerschaft notwendig
- 17 ist.
- 2.) Volksbegehren und Volksentscheide erleichtern
- Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG fordert
- o die Einführung der freien Unterschriftensammlung bei Volksbegehren. Wenn diese
- nur auf Ämtern und per Briefwahl unterschrieben werden können, verbannt das die
- Demokratie aus dem alltäglichen und öffentlichen Leben und schafft unnötige
- 23 Schwierigkeiten bei der demokratischen Teilhabe der Bürger*innen.
- auch die Zulassung von Volksbegehren, die sich auf den Landeshaushalt
- 25 auswirken. Für das Haushaltsgesetz soll die alleinige Entscheidungsgewalt jedoch
- bei den Abgeordneten bleiben.
- 27 Abstimmungsalternativen:
- Version A) die Abschaffung des Zustimmungsquorums. Es soll die Mehrheit der
- Abstimmenden entscheiden, bei Verfassungsänderungen muss eine 2/3 Mehrheit
- 30 notwendig sein.
- Version B) die Senkung des Zustimmungsquorums auf 15%. Bei
- Verfassungsänderungen muss eine 2/3 Mehrheit notwendig sein.
- die Zusammenlegung des Termins von Wahlen und Volksentscheiden, wenn nach
- einem erfolgreichen Volksbegehren in den folgenden 8 Monaten eine
- 35 brandenburgweite Wahl stattfindet.
- 36 eine Pflicht zur Durchführung von Volksentscheiden bei Verfassungsänderungen
- und Privatisierungen von Landeseigentum mit landesweiter Bedeutung.
- eine Absenkung des Mindestalters auf 14 Jahre.

- 39 Kinder und Jugendliche haben im Vergleich zu ihren erwachsenen Mitbürger*innen
- deutlich weniger Möglichkeiten, an politischen Entscheidungsprozessen
- teilzuhaben. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG, dass auch speziell
- die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche gefördert werden und damit die UN-
- Kinderrechtskonvention umgesetzt wird. So muss in der Kommunalverfassung eine
- verpflichtende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ergänzt werden. Die
- Kommunen müssen diese dann innerhalb der Qualitätsstandards, welche die
- 46 Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunale Kinderinteressenvertretungen entwickelt hat,
- 47 umsetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich